

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- Weißkirchen: Menschenrechte - Diplomatie - Journalismus
- Dotterweich: Vitalisierung ländlicher Räume
- Hintze/Peters: Stiftung Bildung und Bildungsengagementpolitik
- Motive bürgerschaftlichen Engagements: Allensbach-Studie

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Neues Bundesprogramm »DEMOKRATIE LEBEN!« vorgestellt
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 3. Sitzung
- Kleine Anfrage der GRÜNEN zum Opferfonds beantwortet
- Bundesteilhabegesetz: Entschließungsantrag der Linken
- Bundesministerin Schwesig: Stärkere Unterstützung der Jugendverbände
- Internet Governance: Anhörung im Ausschuss Digitale Agenda
- MinisterpräsidentInnen gratulieren zu 10 Jahren Aktionswoche

AKTUELLES AUS DEM BBE

- AG 2 »Bildung und Qualifizierung«: Sitzungsbericht
- Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2014
- Smart Hero Award verliehen
- Mitglied des Monats: Ford-Werke

FACHDISKURS

- Vernetzungstreffen »Aktiv gegen Diskriminierung«
- Preisverleihung und Nominierte: CSR-Preis
- Technik und Protest: Tagung

- Pro-Bono-Volunteering: Workshop
- Opposition in Interessengruppen: Call for Papers
- Aktiv für Toleranz und Demokratie: Preisausschreibung
- Bundes-Finale »Jugend debattiert« 2014
- »Innovativer Rechtsextremismus?« Publikation
- »Wider die Gleichgültigkeit!« Publikation
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

Weißkirchen: Menschenrechte - Diplomatie - Journalismus

In seinem Beitrag geht es Gert Weißkirchen, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und früherer Vorsitzender des OSZE-Ausschusses für humanitäre Angelegenheiten und Menschenrechte, um das widersprüchliche Verhältnis von Menschenrechten, Diplomatie und Journalismus unter den Bedingungen einer Diktatur. Es handelt sich dabei um den Einführungsvortrag der Veranstaltung »Menschenrechte - Diplomatie – Journalismus«, die am 23. Mai 2014 in der Landesvertretung Thüringen stattfand. Eingeladen hatten die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und die Robert-Havemann-Gesellschaft zu der Veranstaltung »Menschenrechte - Diplomatie - Journalismus.«

Vortrag von Gert Weißkirchen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_Vortrag_Weisskirchen.pdf (178 kB)

nach oben

Dotterweich: Vitalisierung ländlicher Räume

Christine Dotterweich, Koordinatorin im Dachverband der Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. (EAD) für Programme innerhalb des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«, behandelt in ihrem Gastbeitrag Ergebnisse des Ende 2013 abgeschlossenen Projekts »Vitalisierung ländlicher Räume«. Darin wurden drei Jahre lang in ausgewählten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Thüringens unterschiedliche Ansätze intergenerativen Zusammenarbeitens erprobt. Zentrale Ziele des Projektes bestanden darin, herauszufinden, wie die zivilgesellschaftliche Gestaltung ländlicher Räume gestärkt werden kann und welche Faktoren die Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Gestaltungsspielräumen hemmen oder fördern. Erkenntnisse aus dem Gesamtprojekt und den drei Teilprojekten erscheinen im Spätsommer 2014 in drei Bänden im Wochenschauverlag. Zudem kann bei der Geschäftsstelle der Ev. Akademien ein

Faltblatt mit den 13 Gelingensbedingungen für intergeneratives Arbeiten im ländlichen Raum (»Ergebnisse und Empfehlungen«) angefordert werden.

Gastbeitrag von Christine Dotterweich unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL_13_Gastbeitrag_Dotterweich_akt.pdf (194 kB)

Online-Flyer mit Gelingensbedingungen unter http://www.evangelische-akademien.de/download/flyer_vitalisierung_klappkarte.pdf

nach oben

Hintze/Peters: Stiftung Bildung und Bildungsengagementpolitik

Katja Hintze, M.A. phil., Gründerin und geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Bildung in Berlin und Vorsitzende des Landesverbandes Schulischer Fördervereine Berlin-Brandenburg e.V. (Isfb), sowie Christina Peters, Ehrenamtliche im Vorstandsteam der Stiftung Bildung, stellen in ihrem Gastbeitrag Hintergrund und Ansatz der Stiftung Bildung dar. Bildung ist einer der großen zivilgesellschaftlichen Engagementbereiche. Defizite in der Vernetzung, im Agenda-Setting oder auch in der Finanzierung sind aber bei allem Engagement vor Ort nicht zu übersehen. Die Stiftung Bildung versteht sich hierbei als Dienstleisterin für alle bundesweit Ehrenamtlichen an Schulen und Kitas und unterstützt z. B. die Arbeit und den Aufbau von Landesverbänden vor-/schulischer Fördervereine. Im Bereich des Agenda-Settings will die Stiftung »Bildungsengagementpolitik« als politisches Thema verankern. Und schließlich will sich die Stiftung als bundesweit agierende Spendenorganisation für die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements etablieren.

Gastbeitrag von Katja Hintze und Christina Peters unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_Gastbeitrag_Hintze_Peters.pdf (192 kB)

nach oben

Motive bürgerschaftlichen Engagements: Allensbach-Studie

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hatte 2013 zu den Motiven für bürgerschaftliches Engagement eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage vom Institut für Demoskopie Allensbach durchführen lassen. Die Kernergebnisse der Befragung, für die im August 2013 eine Stichprobe von 1.548 Personen ab 16 Jahren erhoben worden war, stehen nun in Form einer PDF-Datei allen Interessierten zur Verfügung, ebenso die vollständige Langfassung mit Fragebogen und allen Tabellen auf der Homepage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die Ergebnisse zeigen, dass ehrenamtlich engagierte BürgerInnen meist mehrere Motive für ihr Engagement haben. Im Vordergrund steht dabei die Freude an der Tätigkeit für andere. Insgesamt gaben 95 Prozent der Aktiven diese Freude als Motiv zum Engagement an. Neben altruistischen Motiven spielen für viele jedoch zugleich auch selbstbezogene Motive eine Rolle. Hier wurde vor allem die Möglichkeit Leute zu treffen und Kontakte zu pflegen genannt (82 Prozent).

Weitere Informationen und Studie unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did=208092.html>

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

Neues Bundesprogramm »DEMOKRATIE LEBEN!« vorgestellt

Bundesengagementministerin Manuela Schwesig hat am 1. Juli 2014 die Leitlinien des neuen Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgestellt. Das Programm, das 2015 beginnt, soll die Zivilgesellschaft stärken und Kontinuität im Kampf gegen Rechtsextremismus herstellen. Schwerpunkt ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus, aber auch Projekte gegen jegliche Form von vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt werden gefördert. Das Programm hat drei Säulen: erstens den Aufbau von festen Strukturen vor Ort, wobei bundesweite Träger erstmals längerfristig gefördert werden sollen. Zweitens Modellprojekte für neue gesellschaftliche Herausforderungen, etwa zu Formen spezieller Gruppenfeindlichkeiten. Drittens die Steuerung und Umsetzung, die administrativ vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) und wissenschaftlich-evaluierend vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) übernommen wird. Jährlich stehen 30,5 Millionen Euro zur Verfügung und alle Strukturförderungen, Projekte und Maßnahmen sind mit einer Laufzeit von 5 Jahren geplant: »Ich möchte die Projekteritis beenden und mit unseren Programmpartnern eine Partnerschaft des Vertrauens auf Augenhöhe aufbauen«, so Ministerin Schwesig.

Weitere Informationen unter

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did=208174.html>

nach oben

Unterausschuss BE: Protokoll zur 3. Sitzung

Am 4. Juni 2014 fand die 3. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages in der 18. Legislaturperiode statt. Das Protokoll zur Sitzung liegt vor. Einziger Tagungsordnungspunkt war die öffentliche Anhörung zum Thema »Entwicklungspolitisches bürgerschaftliches Engagement und internationale Freiwilligendienste«. Als Sachverständige nahmen teil: Gabriela Büsselmann (Engagement Global), Dr. Simon Ramirez-Voltaire (Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland/agl), Dr. Richard Auernheimer (Verein »Partnerschaft Rheinland-Pfalz - Ruanda«), Michael Bogatzki (Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee/AKLHÜ) sowie Julia Eberhardt und Hanna Hielscher (Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen/CSI). Außerdem waren Vertreterinnen des BMZ und des BMFSFJ anwesend.

Protokoll zur 3. Sitzung unter

http://www.bundestag.de/blob/286176/588f71bdda21643ec13c52ec003ffae2/3_sitzung_kurzprotokoll-data.pdf

nach oben

Kleine Anfrage der GRÜNEN zum Opferfonds beantwortet

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat am 11. Juni 2014 eine Kleine Anfrage zum Entschädigungsfonds für Opfer »extremistischer« Gewalt des Bundesjustizministeriums gestellt (18/1758), die am 15. Juni von der Bundesregierung beantwortet wurde (18/1938). Der ursprünglich 2001 für Opfer rechtsextremer Gewalt ins Leben gerufene Fonds war von der Vorgängerregierung auf alle Formen des Extremismus ausgedehnt worden, da nicht zuletzt der Linksextremismus als wachsende und im Sinne der Totalitarismustheorie dem Rechtsextremismus mindestens gleichrangige Gefahr behauptet wurde. In den Jahren 2010-2013 wurden 406 Anträge für Opfer rechtsextremistischer Gewalt bewilligt – und lediglich 24 Bewilligungen wegen anderer extremistischer Kontexte, darunter kein einziger wegen eines linksextremistischen Hintergrunds. MdB Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt dazu fest: »Manchmal sind die Ergebnisse Kleiner Anfragen so eindeutig, dass sich jede politische Diskussion erübrigt.« Im Westen diagnostiziert sie dabei einen Mangel an zivilgesellschaftlichen Opferberatungsangeboten, kommen doch lediglich 20 Prozent der Anträge zu rechtsextremistischer Gewalt von dort.

Antwort der Bundesregierung unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/019/1801938.pdf>

Weitere Informationen unter [http://www.gruene-](http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen_ID_2000147/2014/juli/gute-ansaetze-aber-nicht-der-grosse-wurf-bundesfoerderung-gegen-rechts-ab-2015_ID_4392289.html)

[bundestag.de/presse/pressemitteilungen_ID_2000147/2014/juli/gute-ansaetze-aber-nicht-der-grosse-wurf-bundesfoerderung-gegen-rechts-ab-2015_ID_4392289.html](http://www.gruene-bundestag.de/presse/pressemitteilungen_ID_2000147/2014/juli/gute-ansaetze-aber-nicht-der-grosse-wurf-bundesfoerderung-gegen-rechts-ab-2015_ID_4392289.html)

nach oben

Bundesteilhabegesetz: Entschließungsantrag der Linken

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hatte sich die Bundesregierung Anfang April 2014 darauf festgelegt, mit den Vorbereitungen für ein Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen in dieser Legislaturperiode zu beginnen. Nun hat die Fraktion DIE LINKE Eckpunkte eines Gesetzesentwurfs für ein Bundesteilhabegesetz als Entschließungsantrag für den Deutschen Bundestag vorgelegt. Ziel der Eckpunkte ist die Gewährleistung der vollen Teilhabe von Behinderten an der Gesellschaft. Entsprechend der UN-Konvention gehört dazu, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen an der Gemeinschaft teilhaben zu können, ohne dass eine Lebensform aufgezwungen wird. Deshalb sollen u. a. ein Rechtsanspruch auf einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen festgeschrieben und Bedürftigkeitsprüfungen abgeschafft werden. Auch die Neugestaltung der Teilhabeleistungen, etwa im beruflichen Bereich, ist Gegenstand des Gesetzentwurfes.

Weitere Informationen unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/019/1801949.pdf>

nach oben

Bundesministerin Schwesig: Stärkere Unterstützung der Jugendverbände

In ihrer Haushaltsrede am 24. Juni 2014 stellte Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, u. a. heraus, dass es gelungen ist, den Haushaltsausschuss für eine Mittelaufstockung in Höhe von einer zusätzlichen Million Euro zur Stärkung der Jugendverbandsarbeit zu gewinnen. Diesen Betrag sieht sie in guten Händen, denn: »Jugendverbände tragen die Jugendarbeit vor Ort, und das in einer unglaublichen Vielfalt: von der Trachtenjugend bis zur Sportjugend, von den Pfadfindern bis zur Jugendfeuerwehr. Bei meinem Treffen mit den Vertretern der Jugendverbände war ich beeindruckt, dass wenige junge Leute für so viele junge Menschen in unserem Land da sind.« Um diese Verbandsarbeit dauerhaft zu stärken, sieht sie als eines ihrer Ziele für die Verhandlungen zum Haushalt 2015 an, dass es gelingt, diesen Zusatzbetrag zu verstetigen.

Rede von Bundesministerin Manuela Schwesig unter

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2014/06/73-5-bmfsfj-bt.html>

nach oben

Internet Governance: Anhörung im Ausschuss Digitale Agenda

Am 2. Juli 2014 fand im Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestags eine Anhörung zum Thema »Internet Governance« statt. Einigkeit herrschte bei den Experten darüber, dass der Multi-Stakeholder-Prozess im Bereich Internet Governance weiter gestärkt werden müsse: Staatliche Akteure, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft sollten auch künftig in international zusammengesetzten Foren gemeinschaftlich über die Verwaltung und Regulierung des Internets entscheiden. Zugleich mahnten sie eine stärkere Beteiligung deutscher Vertreter in den Gremien an. Geladen waren Dirk Brengelmann, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Cyber-Außenpolitik, Dirk Krischenowski, Internet Society, Prof. Dr. Wolfgang Kleinwächter, Professor für Internet Politik und Regulierung an der Universität Aarhus und Mitglied des ICANN-Board of Directors, Prof. Michael Rotert, Vorstandsvorsitzender Verband der deutschen Internetwirtschaft - eco e.V., und Prof. Dr. Rolf H. Weber, Lehrstuhl für Privat-, Wirtschafts- und Europarecht an der Universität Zürich.

Anhörung im Parlamentsfernsehen unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a23/kw27_pa_digitale-agenda/283232

Stellungnahmen der Sachverständigen unter

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a23/anhoerungen/-/285058>

nach oben

MinisterpräsidentInnen gratulieren zu 10 Jahren Aktionswoche

Die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet vom 12. bis zum 21. September 2014 zum 10. Mal unter dem Motto »Engagement macht

stark!« statt. Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, gratuliert zu 10 Jahren Aktionswoche: »Bürgerschaftliches Engagement ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und ein wertvolles Gut. Zum zehnjährigen Bestehen von »Engagement macht stark« ein herzliches Dankeschön an alle, die sich für ein gutes Miteinander in Deutschland einsetzen.« Weitere Gratulationen der MinisterpräsidentInnen zum 10-jährigen Jubiläum können auf der Webseite der Aktionswoche nach gelesen werden.

Weitere Gratulationen unter

<http://www.engagement-macht-stark.de/engagement/ministerpraesidenten/>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

AG 2 »Bildung und Qualifizierung«: Sitzungsbericht

In Berlin traf sich die Arbeitsgruppe »Bildung und Qualifizierung« zum Schwerpunktthema »Lernerfahrungen von Eltern rechtsextrem orientierter Kinder am Beispiel der Berliner Initiative »Eltern gegen rechts««. Dr. Reinhild Hugenroth begrüßte als Referentin Eva Prausner vom Verein »Licht-Blicke«. Eltern rechtsextremer Kinder, die sich in Selbsterfahrungsgruppen zusammenschließen, durchlaufen Lernprozesse der Selbstermächtigung. Schon allein der Schritt in eine Selbsthilfegruppe hinein ist das Resultat einer ersten Erkenntnis und zwar, dass ein Problem besteht, dass man besser in der Gruppe als alleine löst. Die Selbstbestimmung in der Familie kann man über den Austauschprozess mit anderen betroffenen Eltern (meistens Frauen) wieder erlangen. Aus der Selbsthilfegruppe kann eine politische Initiative werden, die die eigenen Erkenntnisse der Öffentlichkeit mitteilt. Eigentlich müssten viel mehr Eltern erreicht werden, da die Anzahl rechtsextremer Jugendlicher wesentlich größer ist als die Anzahl der Eltern, die sich mit diesem Problem zu erkennen geben. Qualifizierungsbedarfe für diese Selbsthilfegruppen könnten ein weiterer Diskussionspunkt in der AG werden. Eine erste Diskussionsrunde fand in der AG zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement, Bildung und Inklusive Gesellschaft« statt. Berichte zum Fachtag »Schule der Bürgergesellschaft« am 27. November 2014 in Berlin, zum Stand der Arbeitsgruppen im Prozess des Deutschen Qualifikationsrahmens, aus der Geschäftsstelle und zu den Aktivitäten der AG 2 rundeten die Sitzung ab.

nach oben

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2014

Zum 10. Mal heißt es »Engagement macht stark!« Die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet 2014 vom 12. bis 21. September unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck statt. Bundesengagementministerin Manuela Schwesig wird die Aktionswoche am 12. September feierlich eröffnen. Das Kampagnenteam lädt Initiativen, Vereine, Verbände, staatli-

che Institutionen, Stiftungen und Unternehmen ein, aktiv an der Aktionswoche teilzunehmen und ihre Veranstaltung im Engagementkalender der Aktionswoche einzutragen. Ziel im Jubiläumsjahr ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten einen Veranstaltungsrekord aufzustellen.

Engagementkalender unter

<http://www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender/>

Weitere Informationen über die Aktionswoche unter

<http://www.engagement-macht-stark.de/home/>

nach oben

Smart Hero Award verliehen

Gemeinsam mit Facebook hat die Stiftung Digitale Chancen in diesem Jahr erstmals den »Smart Hero Award« ausgeschrieben. Ausgezeichnet wurden »Smarte Helden«, die ihr ehrenamtliches und soziales Engagement rund um die Werte Soziales Miteinander, Anerkennung, Respekt und Toleranz erfolgreich in und mit Social Media realisieren. Die Preise (je 1.000 Euro) überreichte am 1. Juli 2014 Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemeinsam mit Carsten Brosda, Bevollmächtigter des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg für Medien. BBE-Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein wirkte als Jurymitglied bei der Festlegung der Preisträger und mit einer Laudatio bei der Preisverleihung mit.

Weitere Informationen unter [http://www.b-b-](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_PM_Smart_Hero_Award.pdf)

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_PM_Smart_Hero_Award.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_PM_Smart_Hero_Award.pdf) (299 kB)

nach oben

Mitglied des Monats: Ford-Werke

Als eines der ersten Neumitglieder des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement entwickelt und realisiert die Ford-Werke GmbH verschiedene Formen gesellschaftlichen Engagements. Im Kontext von Corporate Citizenship liegt dabei ein Fokus auf Volunteering: Das Prinzip »Zeitspende« wurde im Mai 2000 mit dem »Ford Community Involvement-Programm« systematisch in Deutschland eingeführt und kontinuierlich ausgebaut. Bei einer bezahlten Freistellung von 16 Stunden pro Jahr können sich Ford Beschäftigte frei nach ihren Ambitionen für die Gemeinschaft engagieren – sozial, ökologisch und kulturell. Der Facettenreichtum der Freiwilligen-Projekte ist das Markenzeichen des Programms und spiegelt so die Vielfalt der Belegschaft. So eröffnet Ford seit über 14 Jahren einen niedrigschwelligen, »experimentellen« Einstieg ins Ehrenamt und fördert Engagement-Karrieren. Bis heute investierte Ford mit seinen MitarbeiterInnen rund 180.000 Arbeitsstunden für das Gemeinwohl. Zudem engagiert sich Ford mit Mobilitäts-Sponsoring sowie Projekt-Förderungen über den »Ford Fund« der amerikanischen Muttergesellschaft. Dessen Förderschwerpunkte sind Bildung, Verkehrssicherheit, Nachhaltigkeit/Umwelt und (lokale) Bürgergesellschaft. Im Juni

2014 wurde Ford Deutschland in der Kategorie Großunternehmen durch eine unabhängige Jury unter die »Top 5« für den CSR-Preis der Bundesregierung nominiert.

Weitere Informationen zum Engagement von Ford unter <http://bit.ly/117ejNi>

Pressemitteilung von Ford unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_PM_Ford.pdf (119 kB)

nach oben

FACHDISKURS

Vernetzungstreffen »Aktiv gegen Diskriminierung«

Am 28. August 2014 findet im Deutschen Institut für Menschenrechte ein Vernetzungstreffen »Aktiv gegen Diskriminierung« von Anwaltschaft und Antidiskriminierungsverbänden statt. Neben inhaltlichem Input wird dabei insbesondere der gemeinsame Austausch im Fokus stehen. Es sollen konkrete strategische Fragen rund um Antidiskriminierungsverfahren und über Möglichkeiten der zukünftigen Vernetzung und Zusammenarbeit zu diesen Fragen diskutiert werden. Die Veranstaltung richtet sich an RechtsanwältInnen sowie an in Gerichtsverfahren aktive Mitarbeitende aus Antidiskriminierungsverbänden und Beratungsstellen. Anmeldungen und Rückfragen an Paola Carega, Institut für Menschenrechte.

Weitere Informationen unter <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/projekt-anwaltschaft-fuer-menschenrechte-und-vielfalt.html>

nach oben

Preisverleihung und Nominierte: CSR-Preis

Am 17. September 2014 wird in Berlin der CSR-Preis der Bundesregierung in vier Unternehmensgrößenklassen verliehen, um vorbildliche und innovative Unternehmen auszuzeichnen, die auf den Weg sind, ihre gesamte Geschäftstätigkeit sozial, ökologisch und ökonomisch verträglich zu gestalten. Die 21 nominierten Unternehmen stehen jetzt fest, angefangen bei der Orthopädie-Schuhtechnik Schwarzenberg über Lebensbaum und FRoSTA bis hin zu den Ford-Werken. Das Besondere an der Methodik, um aus diesen Nominierten den jeweiligen Sieger zu ermitteln, besteht darin, dass nach der Befragung der Unternehmen per Fragebogen in der ersten Wettbewerbsphase (Management-Befragung) für die nominierten Unternehmen auch Einschätzungen unabhängiger gesellschaftlicher Akteure hinzugezogen (Stakeholder-Befragung) werden. Eine Experten-Jury entscheidet auf Grundlage der Ergebnisse aus Management- und Stakeholder-Befragung über die Preisträger.

Weitere Informationen unter

<http://www.csr-preis-bund.de/preistraeger-nominierte/nominierte-2014.html>

nach oben

Technik und Protest: Tagung

Nicht nur in Deutschland, auch weltweit lösen große Energie- und Verkehrsprojekte Protest aus. Vom Fracking über die Nano-Technologie bis zur Gentechnologie reichen die technischen Entwicklungen, die zu Protesten führen. Am 22. und 23. September 2014 findet dazu an der Technischen Universität Berlin die Tagung »Technik und Protest. Zwischen Innovation, Akzeptanzmanagement und Kontrolle« statt. Veranstalter sind das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) im Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) und die Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK) der TU Berlin. Insbesondere soll das Verhältnis von Technik und Protest und sozialen Bewegungen und dessen Reflexion in der aktuellen Technikdebatte und Innovationsforschung in den Blick genommen werden. Verschiedene Schwerpunktthemen wenden sich dabei an unterschiedliche Zielgruppen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Weitere Informationen unter <http://protestinstitut.eu/veranstaltungen/technik-protest/>

nach oben

Pro-Bono-Volunteering: Workshop

»Achieving Triple Impact. Interaktiver Workshop über die Kraft von Pro-Bono-Volunteering« ist der Titel einer Veranstaltung am 25. September 2014 im Haus der Bundespressekonferenz. Im Gespräch mit erfahrenen ExpertInnen geht es um Wege, wie ein globales Pro-Bono-Programm im eigenen Unternehmen eingeführt werden kann, sowie um einen Austausch über Erfahrungen mit Volunteering- und Pro-Bono Programmen. Veranstalter sind SAP, PYXERA Global und UPJ. Der Workshop wird in deutscher und englischer Sprache durchgeführt und richtet sich an Verantwortliche in Unternehmen. Ein Teilnahmebeitrag wird nicht erhoben, für Verpflegung wird gesorgt. Im Anschluss lädt die BMW Stiftung zu einem Empfang ein.

Weitere Informationen und Anmeldung unter

[http://www.upj.de/dt_veranst_detail.80.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=2802&tx_ttnews\[backPid\]=21&cHash=cf1a3bf800](http://www.upj.de/dt_veranst_detail.80.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=2802&tx_ttnews[backPid]=21&cHash=cf1a3bf800)

nach oben

Opposition in Interessengruppen: Call for Papers

Die Jahrestagung des Arbeitskreises Verbände der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) widmet sich am 22. und 23. Januar 2015 an der Universität Siegen dem Thema »Protest, Opposition und Spaltung in Interessengruppen: Ausdruck neuer Konfliktlinien oder schwindender Integrationskräfte?«

Welche Formen von innerverbandlichem bzw. innerorganisatorischem Protest gibt es, und was sind die Ursachen dafür? Haben sich neue Konfliktlinien herausgebildet, hat sich die Mitgliedschaft in neuer Weise ausdifferenziert oder gelingt es den Organisationsspitzen immer weniger, die vorhandenen internen Konflikte auszugleichen und zu integrieren? Solche und weitere Fragen sollen zum Thema gemacht werden. Abstracts können bis zum 30. September 2014 eingereicht werden, eine Entscheidung fällt am 1. November 2014.

Weitere Informationen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/07/NL13_Call_for_papers.pdf (45 kB)

nach oben

Aktiv für Toleranz und Demokratie: Preisausschreibung

Zum 14. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in diesem Jahr den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« mit Geldpreisen im Wert von 1.000 bis 5.000 Euro und einer verstärkten Präsenz in der Öffentlichkeit aus. Das BfDT will zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung unterstützen. Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, sollen für ihr Engagement gewürdigt werden, wobei der Kreativität keine Grenzen gesetzt sind, d. h. keine engen Bewerbungsvorgaben gemacht werden. Bewerbungsschluss ist der 26. September 2014.

Weitere Informationen unter <http://www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10037800/425892/>

nach oben

Bundes-Finale »Jugend debattiert« 2014

Ein abwechslungsreiches Programm erwartete die Zuschauer beim Bundes-Finale »Jugend debattiert« im Gebäude des Berliner Rundfunks (RBB) unter der Schirmherrschaft und Präsenz von Bundespräsident Joachim Gauck. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz und nordrhein-westfälische Kultusministerin Sylvia Löhrmann ermunterte die teilnehmenden SchülerInnen und berichtete, dass Bundespräsident Joachim Gauck in der Messerstadt Solingen mit dem »geschliffenen Wort« ausgezeichnet wurde – weit bevor er das Amt des Bundespräsidenten inne hatte. Die beiden Altersgruppen debattierten auf sehr hohem Niveau. Bei »Jugend debattiert« gibt es jeweils zwei Vertreter für eine Pro- bzw. eine Contra-Meinung. Eine Jury beurteilt die Argumentationsweise, aber auch das Zuhören der Gegenargumente. Eine Jury wurde von Sandra Maischberger geleitet, die zweite von Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Die Themen waren anspruchsvoll, z. B.: »Soll in Berlin ein zentrales Denkmal für die Opfer der kommunistischen Herrschaft errichtet werden?«. Die SchülerInnen argumentierten sehr differenziert und ließen sich auch schon mal von der Gegenseite überzeugen. Rund 175.000 SchülerInnen haben sich bereits an den Entscheidungen beim Wettbe-

werb »Jugend debattiert« beteiligt. Dr. Reinhild Hugenroth nahm für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement an dem Bundes-Finale teil.

Weitere Informationen zu »Jugend debattiert« unter <http://www.jugend-debattiert.de/service/multimedia/livestream.html>

nach oben

»Innovativer Rechtsextremismus?« Publikation

»Innovativer Rechtsextremismus?« lautet der Themenschwerpunkt der Zeitschrift Berliner Debatte Initial (Heft 1/2014). Die Beiträge knüpfen an eine Frage an, die bereits im Themenschwerpunkt »Rechtsextremismus als soziale Bewegung« (Heft 1/1996) aufgeworfen wurde: Reichen die bisherigen Methoden, Erklärungs- und Interpretationskonzepte aus, um die modernen Entwicklungen des Rechtsradikalismus gehaltvoll zu analysieren und hinreichend aufzuklären? Raj Kollmorgen und Matthias Quent plädieren in ihrem Artikel dafür, dass der moderne Rechtsradikalismus unter einer Innovationsperspektive betrachtet werden sollte, die auch wechselseitige Entwicklungsbezüge zwischen Rechtsradikalismus und dessen staatlichem und nicht-staatlichem Gegenüber berücksichtigt. Mittels dreier Wandlungsprozesse zeigen sie soziale Innovationsdynamiken im deutschen Rechtsextremismus auf und formulieren eine neue Forschungsprogrammatik. Das Heft enthält weitere Artikel u.a. von Peter Schulz, Vivien Laumann, Peter Bescherer, Fabian Virchow und Freerk Huisken.

Publikation bestellen unter <http://www.berlinerdebatte.de/2014/287-innovativer-rechtsextremismus-1-2014.html>

nach oben

»Wider die Gleichgültigkeit!« Publikation

Der Sammelband »Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps« von Julia Hasse und Gregor Rosenthal (Hrsg.) gibt Impulse zum Nachdenken über Möglichkeiten und Grenzen von zivilgesellschaftlichen Handeln. Er beantwortet u.a. die Fragen: Was können Engagierte vor Ort bewirken? Woher nehmen Engagierte ihre Motivation? Was ist notwendig, um ein Projekt erfolgreich durchzuführen oder eine Initiative zu gründen? Der erste Teil der Publikation beschäftigt sich mit Perspektiven und Hintergründen zum Thema Rechtsextremismus. Die persönliche Perspektive der Engagierten wird im zweiten Teil mittels verschiedener Projektbeispiele aufgezeigt. Hier kommen Aktive aus unterschiedlichen Regionen und mit verschiedenen Perspektiven zu Wort. Im letzten Teil der Publikation geben ExpertInnen Praxistipps zu den Themen Projektmanagement, Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit.

Publikation bestellen unter <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/173360/wider-die-gleichgueltigkeit>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 7. August 2014.
Redaktionsschluss ist der 31. Juli 2014.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung durch die Otto-Brenner-Stiftung ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert vom:



Gefördert von:

